

Peter Bruder, Berater

«Nur durch eine ausgewogene Leistungsbeurteilung können Lohnexzesse verhindert werden...» 17

NEUE LUZERNER ZEITUNG NEUE URNER ZEITUNG NEUE SCHWYZER ZEITUNG NEUE OBWALDNER ZEITUNG NEUE NIDWALDNER ZEITUNG NEUE ZUGER ZEITUNG

Steuergfälle in der Zentralschweiz

«Es gibt kein Nirwana ohne Konkurrenz»

Steuerwettbewerb sei der Wirtschaft förderlich und halte zu kluger Politik an. Das sagt der Freiburger Ökonomieprofessor Reiner Eichenberger.

INTERVIEW RAINER RICKENBACH

Ein durchschnittlich verdienender, verheirateter Familienvater mit zwei Kindern zahlt in der Stadt Luzern dreimal so hohe Steuern wie ein Vater, der ein paar Kilometer weiter in Zug wohnt. Stört das Ihren Gerechtigkeitssinn nicht?

Reiner Eichenberger: Als Ökonom stelle ich mir eine andere, zentrale Frage: Wenn alle gleich viel Steuern zu entrichten hätten, wären diese dann tief?

Und Ihre Antwort?

Eichenberger: Bei einer Nivellierung ist die Gefahr sehr gross, dass am Schluss alle hohe Steuern zahlen. Das belegen Beispiele aus dem Ausland zur Genüge. Als Deutschland nach dem Krieg vom föderalen zum zentralen Fiskalsystem wechselte, stieg die Staatsquote komatzenhaft an. Davon hätte dann letztlich auch der Luzerner Familienvater nichts.

Aber von einer Annäherung von beiden Seiten, von Zug und Luzern her, würde er profitieren.

Eichenberger: Politiker wollen den Bürgern oft weismachen, ohne Steuerwettbewerb würden wir alle im Nirwana leben. Doch dem ist nicht so. Es gibt immer Konkurrenz zwischen Regionen. Wenn nicht über die Steuersätze, dann halt über Steuerschlupflöcher und Zuschüsse aus öffentlichen Kassen. In Deutschland zum Beispiel werden Arbeitsplätze, Kapitaleinsatz und Landverbrauch subventioniert, um interessante Firmen anzulocken. Das ist wirtschaftlich bestimmt weniger sinnvoll als über tiefe Steuern für alle. Der fiskalische Wettbewerb ist nun mal unbequem. Aber er zwingt die Entscheidungsträger, häuslicherisch mit dem Geld umzugehen und eine kluge Politik zu betreiben.

Die Zentralschweiz ist eine Art Biotop des Steuerwettbewerbes. Wo ist die Grenze erreicht, weil den Kantonen die Mittel für ihre Kernaufgaben ausgehen?

Eichenberger: Ich fürchte nicht, dass der Wettbewerb den Staat in den Ruin treibt. Ich sehe in der Schweiz auch keine Beispiele von Gemeinden, die wegen tiefer Steuern finanziell ausbluten. Denn die Steuern sind zwar ein wichtiges, aber längst nicht das einzige Kriterium für die Wahl des Wohnortes oder der Firmenansiedlung.

Luzern versuchte vor zehn Jahren, mit tiefer Besteuerung für juristische Personen – also Unternehmen – Firmen anzulocken. Weil die Steuern für natürliche Personen aber hoch blieben, hielt sich der Erfolg in engen Grenzen.

Eichenberger: Klar, denn dahinter steckt ein Denkfehler: Nicht die Aktionäre fallen den Standortentscheid, sondern die Manager. Und die denken auch an sich. Sie fragen sich: Wo ist die Lebensqualität gut? Wo sind die Schulen für unsere Kinder gut? Wo leben wir sicher? Und sie machen sich natürlich auch Gedanken über das Steuerklima für Lohnempfänger. Auch das sind Gründe, warum etwa der Kanton Schwyz eine dynamische Entwicklung

DAS STEUERGEFÄLLE IN DER ZENTRALSCHWEIZ

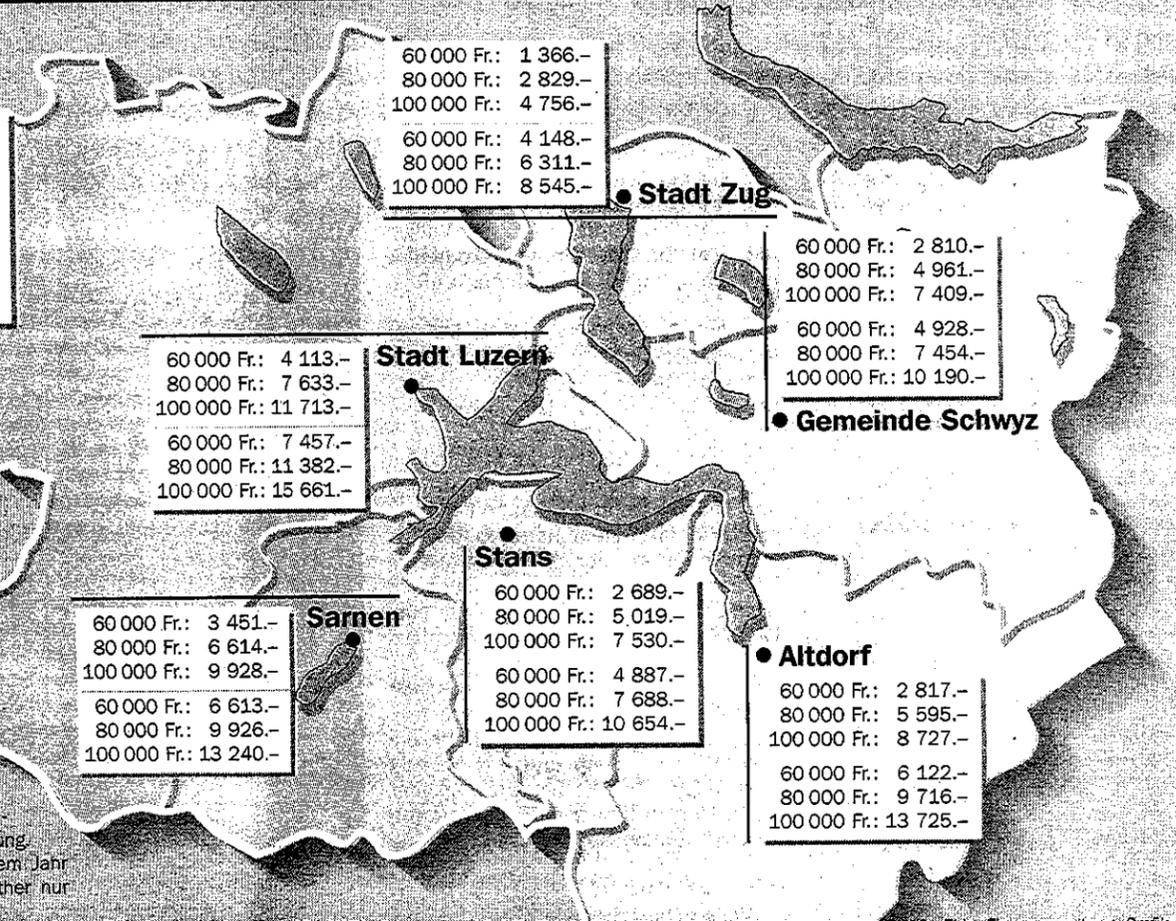
Gemessen am Bruttoarbeitseinkommen

So viel Kantons- und Gemeindesteuern bezahlt ein **verheirateter, alleinvertienender Familienvater mit zwei Kindern.**

So viele Steuern zahlt eine **alleinstehende Person, nicht geschieden.**

Vergleichsgrundlage

Massgebend für den Vergleich sind die Steuern an den Kanton, die Wohngemeinde und die Kirche. Die direkten Bundessteuern sind in den Zahlen nicht enthalten. Um beim Steuervergleich von möglichst gleichen Voraussetzungen auszugehen, eignet sich das Bruttoarbeitseinkommen am besten. Es enthält bei verheirateten Personen mit Kindern auch die Familienzulagen. Das steuerbare Einkommen taugt als pauschale Vergleichsgrösse weniger gut, weil darin neben den in der ganzen Schweiz steuerfreie Abzügen wie AHV/IV oder Arbeitslosenversicherung auch die von Kanton zu Kanton verschieden gehandhabten Abzüge wie Arbeitsweg oder Sozialabzüge enthalten sind. Als Quelle dient das aktuellste Zahlenmaterial der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Massgebend sind darin die Steuersätze aus dem Jahr 2000. Die Steuerbeträge haben sich aber seither nur geringfügig verändert.



Reiner Eichenberger



Der vierzigjährige Ökonomieprofessor ist Leiter des Seminars für Finanzwissenschaften an der Universität Freiburg und Mitglied des Center for Public Sector Economics der Hochschulen Bern, Freiburg und Neuenburg. Zudem ist er am Institut für Empirische Wirtschaftsforschung in Zürich und als nebenamtlicher Richter an der Eidgenössischen Rekurskommission für Wettbewerbsfragen tätig. Eichenbergers Spezialgebiete sind: Wirtschafts- und Finanzpolitik, ökonomische Analysen politischer Prozesse und Institutionen sowie die Zusammenhänge zwischen Ökonomie und Psychologie.

durchläuft. Seine Mittelschulen zum Beispiel geniessen einen ausgezeichneten Ruf.

Trotzdem: Wie erklären Sie die enormen Unterschiede in einer vergleichsweise kleinen Region wie der Zentralschweiz?

Eichenberger: Der sekundäre Zusammenhang liegt auf der Hand: Attraktive Orte mit einem guten Verhältnis zwischen Steuern und Leistung ziehen gute Steuerzahler an. Daraus ergibt sich von selbst ein dynamischer Prozess.

Bei den Leistungen spielen Wohnqualität und Verkehrsanschlüsse ebenfalls eine bedeutende Rolle.

Eichenberger: Ja, genau. Das führt zu den primären Ursachen guter Finanzpolitik: den politischen Institutionen.

Der Kanton Luzern bietet zahlreiche gute Wohnlagen und ist verkehrstechnisch gut erschlossen. Trotzdem liegen die Steuern

weit über dem schweizerischen Durchschnitt.

Eichenberger: Die moderne Forschung hat die direkte Demokratie als einen entscheidenden Faktor ausgemacht. Je mehr die Bürger mitreden können, desto besser ist die Finanzpolitik und desto zufriedener sind die Bürger. Weiter spielt die Unabhängigkeit der Kommunen eine entscheidende Rolle. In Sachen Gemeindeautonomie aber ist Luzern im Vergleich das Schlusslicht unter den Deutschschweizer Gemeinden. Auch bei der direkten Demokratie liegt der Kanton deutlich hinter Schwyz und Nidwalden zurück.

Die Kontrolle der Finanzverantwortlichen lässt sich doch auch delegieren.

Eichenberger: Ja. Von zentraler Bedeutung ist der Stellenwert der kommunalen Rechnungskommission. Bietet sie ihr die Möglichkeit, dem Gemeinderat auf die Finger zu schauen? Darf sie

Vorschläge machen? Auch hier: Mitbestimmung. In der Stadt Zürich zum Beispiel werden dauernd Klagen über den hohen Steuerfuss laut. Hätten die Bürger dort zum Steuerfuss etwas zu sagen, würde er bestimmt tiefer liegen.

Zürich weist wie Luzern als Entschuldigung gerne auf die Zentrumslasten hin, welche Stadt und Kanton zu bewältigen haben und sie viel kostet.

Eichenberger: Die meisten Firmen sind in den Städten angesiedelt und entrichten dort auch ihre Steuern. Die Finanzkraft in den Städten ist deshalb relativ gross. In der Regel sind dort auch die Mieten höher. Deshalb lassen sich viele Arbeitnehmer im Umland nieder, wo Steuern und Mieten günstiger sind.

Vom Zentrumsvorteilen reden die Stadträte weniger gern.

Eichenberger: Genau. Und dann kommt noch dazu: In den meisten Städten liegt der Altersdurchschnitt über dem Durchschnitt. Auch unter den Älteren gibt es zahlreiche interessante Steuerzahler. Zudem fallen in den Städten weniger Kosten für die Schule an als in den Vororten. Ausbildung ist heute auf Gemeindeebene der grösste Ausgabenposten. Ein Schüler kostet im Jahr rund 20 000 Franken.

Das Steuergfälle löst täglich viel Verkehr aus. In der Innerschweiz etwa wickeln vermögende Leute zwar ihre Geschäfte im bevölkerungsstarken Luzern ab, versteuern ihr Einkommen aber lieber in Kantonen mit milderem Fiskus.

Eichenberger: Es wäre ideal, die Steuern entsprechend aufzuteilen. Ein Beispiel: Der Pendler zahlt seinen Anteil an die Verkehrs-Infrastrukturkosten in der

Stadt. Für die Schulen hingegen leistet er seinen finanziellen Beitrag in der Wohn-gemeinde. Das würde dem Gedanken des Verursacherprinzips gerecht. Aber natürlich müsste man ihm dort, wo er bezahlt, auch Mitsprache gewähren. Sonst laufen die Bürger Gefahr, die demokratische Kontrolle zu verlieren, wie das heute bei den Zweckverbänden schon der Fall ist.

Wie soll denn ein solches Gebilde praktisch funktionieren?

Eichenberger: Es existiert im gleichen geografischen Raum eine Einwohner- und eine Arbeitnehmergemeinde. Die Aufgaben werden aufgeteilt, beide Gemeinden haben ihre eigenen Steuerfusse. Ich denke, das ist wesentlich effizienter.

Sie sagen: Wettbewerb zwingt zu guter Politik. Wie erklären Sie das dem Gemeindepäsidenten eines kleinen, strukturschwachen Bergdorfes?

Eichenberger: Es ist klar, wirtschaftlich unattraktive Gebiete haben im Steuerwettbewerb einen Nachteil. Mit dem Abwandrungsdruck kann die Politik auf zwei verschiedene Arten umgehen: Man kann versuchen, die Einwohner mit goldenen Fussfesseln – also Subventionen – an das Bergdorf zu binden. Oder man lässt zu, dass die Leute in dynamischere Gefilde zügeln. Wer sagt denn eigentlich, das Land müsse gleichmässig besiedelt sein?

Die Furcht vor verödeten Landstrichen und die Vorstellung, Landwirtschaft bedeute auch Umweltpflege.

Eichenberger: Falls dies wirklich das Ziel ist, sollten wir aber nicht wie heute die lokalen Regierungen subventionieren, sondern den Bewohnern Direktzahlungen zukommen lassen.

«Luzern ist in Sachen Gemeindeautonomie das Schlusslicht unter den Deutschschweizer Gemeinden.»